

Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 12.12.2019

Zu TOP : 9.8

Beteiligung stärken

Einreicher DIE LINKE

Vorlage: AN 0264/2019

Frau Corinth begründet den Antrag AN 0254/2019 ausführlich. Sie hebt die Notwendigkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hervor. Dies trägt zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei. Frau Corinth betont, dass der Antrag bewusst auf kein konkretes Format festlegt ist. Diese Entscheidung soll zusammen mit den Kindern und Jugendlichen getroffen werden.

Frau Bartel begründet den Änderungsantrag AN 0262/2019 der Fraktion SPD. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird seit Jahren angestrebt. Frau Bartel stellt fest, dass die Jugendlichen heute viel engagierter und selbstbewusster sind, sich gesellschaftspolitisch einzubringen.

Frau Bartel betont die Wichtigkeit, dass die Bürgerschaft sich der Thematik annimmt. Sie verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Diesem wird die Fraktion SPD zustimmen. Aus diesem Grund zieht Frau Bartel den Antrag AN 0262/2019 zurück.

Zum Antrag der Fraktion CDU/FDP merkt sie an, dass dieser zu offen formuliert ist.

Frau Kühl begründet den Änderungsantrag AN 0264/2019 der Fraktion DIE LINKE. Auf den Erfahrungen der Hansestadt Wismar kann aufgebaut werden.

Frau Ehlert begrüßt das Ansinnen, Kinder und Jugendliche in die politische Arbeit einzubeziehen. Sie bestätigt, dass eine andere Generation herangewachsen ist und neue Wege gegangen werden müssen. Daher wird sich die Fraktion Bürger für Stralsund dem Antrag der Fraktion DIE LINKE anschließen.

Frau Kümpers stimmt zu, dass das Interesse an Politik bei den Jugendlichen gewachsen ist.

Herr Dr. Zabel betont, dass der Antrag AN 0254/2019 bewusst offen formuliert wurde. Er erinnert an die vielfältigen Formate, die gewählt werden könnten. Mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE würde eine Konkretisierung auf ein Kinder- und Jugendparlament erfolgen.

Frau Kühl erklärt, dass die Begrifflichkeit zur Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nicht festgelegt ist. Es zählt, Kinder und Jugendliche zu motivieren, sich am gesellschaftlichen Leben aktiv zu beteiligen.

Herr Dr. Zabel betont, dass von Seiten der Fraktion CDU/FDP eine Beteiligung gewollt ist. Jedoch nicht die Festlegung auf ein konkretes Format als Zielrichtung. Das Ziel soll nicht von oben vorgegeben werden.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0264/2019 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen,

zum Thema:

Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VII-05-0166

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Steffen Behrendt

Stralsund, 19.12.2019